



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD**

Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Nachdem die Erweiterung des Würzburger Universitätsklinikums mit dem Neubau der sogenannten Kopfklinik aufgrund der ungeklärten Grundstücksfrage noch immer blockiert ist, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einen schriftlichen und mündlichen Bericht über den aktuellen Stand der Erweiterung der Universitätsklinik Würzburg abzugeben, sofern erforderlich auch in einer nicht öffentlichen Sitzung.

Darin ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. Steht die Staatsregierung weiterhin zu dem in der vergangenen Legislaturperiode formulierten Ziel der Errichtung der neuen Kopfklinik oberhalb der Zentren für operative und innere Medizin und dem dafür erforderlichen Grundstückskauf für die Universitätsklinik Würzburg?
2. Was hat die Staatsregierung bisher unternommen, um das Grundstück vom Julius-Spital zu erwerben?
3. Welchen Sachstand haben die derzeitigen Verhandlungen über den Grundstückskauf und welche unterschiedlichen Fragen und Wertvorstellungen stehen einem erfolgreichen Abschluss entgegen?
4. Wie ist der Zeit- und Maßnahmenplan für die Umsetzung des Neubaus der Kopfklinik ab dem Zeitpunkt des Erwerbs des Grundstücks?
5. Wann kann mit einer Vorlage der Haushaltsunterlage Bau gerechnet werden?
6. Welche Überlegungen hat die Staatsregierung zur Finanzierung von Grundstückserwerb, Planung und Bau der Erweiterung der neuen Kopfklinik und wie soll die Finanzierung aus Sicht der Staatsregierung im kommenden Doppelhaushalt 2019/2020 abgesichert werden bzw. welche Überlegungen zur haushalterischen Absicherung des Baus bestehen bei der Staatsregierung?

Begründung:

Seit Monaten verzögert sich die geplante Erweiterung des Universitätsklinikums Würzburg, nachdem immer noch keine Einigung über den Ankauf des notwendigen Grundstücks gefunden werden kann. Der Freistaat lässt ein engagiertes Eintreten für eine schnelle Lösung vermissen.

Das eindeutige Bekenntnis des Freistaates zum Grundstückserwerb für das Universitätsklinikum Würzburg, das in der vergangenen Legislaturperiode gegenüber der ehemaligen Landtagspräsidentin Barbara Stamm sowie dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, Oliver Jörg, noch zugesagt wurde, lässt sich aus den vagen Formulierungen der Antwort auf die Anfrage zum Plenum vom 11.12.2018 „Grundstückskauf für die Uniklinik Würzburg“ (Drs. 18/45) nicht mehr erkennen.

Das Grundstück muss zügig dauerhaft gesichert werden, damit die Universitätsklinik für die Zukunft gewappnet ist. Eine Voraussetzung ist, dass der Grundstückserwerb und der Neubau der Kopfklinik im Doppelhaushalt 2019/2020 eindeutig festgeschrieben werden.